

Schwerter und Pflugschare

Wolfgang Kroschel

Es gibt kein Rentenstrafrecht für die Angehörigen der bewaffneten Formationen. Als Bürger im Dienste Deutschlands steht ihnen die Zuwendung gesetzlich zu. Auch – oder vielleicht weil – sie bei der Ermordung von mehr als 45.000 Juden tatkräftig Hand bzw. Gewehr anlegten. Die Rede ist von den alten lettischen Kämpfern der Waffen-SS, die auch schon kräftig Nachwuchs rekrutiert haben und seit 1991, nachdem Lettland „frei“ ist, jährlich im März einen Aufmarsch in Riga zelebrieren.

Die lettischen SS-Divisionen schlugen sich im März vor 70 Jahren mit Einheiten der Roten Armee und das muss, die Fahne hoch, gefeiert werden, wobei sich auch ein Dank an die deutsche materielle Unterstützung anbietet.

Diese fließt nicht nur ins Baltikum. Auch SS-Angehörige in Westeuropa, namentlich den Niederlanden, profitieren von ihren Verbrechen, die qua Urteil des Nürnberger Militärtribunals als solche benannt werden dürfen.

Das ficht scheinbar niemanden an. Die mit Faschisten durchsetzte, vollkommen undemokratisch durchgeboxte und deshalb nicht legitimierte Regierung der Ukraine erfreut sich der vielseitigen Unterstützung nicht nur durch die konzernabhängigen deutschen Medien. Deren zartfühlende Zurückhaltung bei der Berichterstattung über faschistische Parteien und Organisationen auch in Griechenland, Ungarn und anderen Ländern ist Programm.

Aber es regt sich Widerstand. Erstmals waren mehr als 30 deutsche Antifaschisten nach Riga gefahren, um die Schande der 2000 aufmarschierten Faschisten lauthals zu benennen. Über zwei Stunden dauerte die „Grenzabfertigung“ bei der Einreise und nochmals vier Stunden wurden die Busse an der Strecke aufgehalten, weil die Fahrer „überbelastet“ seien. Reisefreiheit der speziellen Art in den Farben der EU.

Auch die Blockierer der Nazi-Aufmärsche in deutschen Städten können ein Lied von der behördlichen Fürsorge singen. Im Extremfall reicht sie bis vor die Schranken des Gerichts, egal ob evangelischer Jugendpfarrer oder linke Bundestagsabgeordnete.

Im kommenden Monat vor 69 Jahren – und hier wird jetzt mal ein „ungerader Jahrestag“ in der Jubiläumsinflation dieses Jahres erwähnt – genauer am 8./9. Mai 1945 - endete in Europa

der von den deutschen Faschisten begonnene blutigste Krieg der Geschichte mit dem Sieg über diesen Faschismus, zu dem die Rote Armee den größten Blutzoll zahlte.

Es war damals unvorstellbar, dass der „Schoß fruchtbar noch“ ist. Aber mit dem Beginn des Kalten Krieges schmolz die deutsche Schamfrist nach und nach dahin.

Dem omnipräsenten präsidentalen Mund entfährt seit seinem Auftreten in der Führungsakademie der Bundeswehr bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass es nun genug sei mit dem Schmieden von Schwertern zu Pflugscharen.



Unsere Gedanken und Herzen sind in dieser Zeit bei den beiden slawischen Brudervölkern. Und unsere Hoffnung ist, dass sie sich nicht durch fremde Mächte in ihrer historischen Einheit trennen lassen. So möge das Denkmal nicht nur für die 360jährige Geschichte der Einheit stehen, sondern auch in die Zukunft weisen.

w. k.

Das deutsche Volk könne sich nicht weiterhin hinter Schuldgefühlen verstecken und die gefälligst erwachende Einsatzfreude (in Hamburg wurde aus „Einsatz“ auch schon mal „Krieg“ definiert) – also diese Freude müssen deutsche Militäropersonen in andere Weltregionen hinaustragen. Pflugschare haben sie dabei zum wenigsten im Gepäck. Das würden deutsche Waffenschmieden auch nicht goutieren.

Am Anfang dieses Weges stand alsbald die Wiedereinsetzung der alten Kriegsverbrecher. Verurteilte und Abgetauchte aus Militär, Geheimdiensten, Justiz und Wirtschaft wurden mit Billigung, meist sogar unter Mithilfe der westlichen Besatzungsmächte ins Gefüge des Nachfolgestaates des „Dritten Reiches“ integriert.

Die „Befreiung vom Faschismus“ wurde dort obsolet. Damit einher ging die Hetze gegen die antifaschistische Politik des anderen deutschen Staates, dem man „verordneten

Antifaschismus“ vorwarf. In der Tat war er es. Denn es galt zunächst die Hirne der Deutschen vom geistigen Unrat zu befreien und ihnen zu zeigen, was sie in der Welt, insonderheit Europa, angerichtet hatten. Das war kompliziert, denn die Masse, die zum „Herrenvolk“ erhoben worden war und in deren Rolle sie sich zunächst kommod eingerichtet hatte, war nicht sofort und vollzählig bereit und in der Lage einzusehen, dass sie sich eine schier untilgbare Schuld aufgeladen hatte. Für die in der DDR die Macht Ausübenden, aber dennoch verhältnismäßig geringe Zahl der überlebenden Antifaschisten war es eine Herkulesarbeit, der man zwar den guten Willen, aber nicht immer die richtige Methode bei der Gewinnung antifaschistischer, Mitstreitern, attestieren kann. So kam es dabei auch durch „revolutionäre Ungeduld“ und Dogmatismus zu Fehlern, durch die potenzielle Verbündete verloren gingen, denen wir eben doch „eine Träne nachweinen“ müssten.

Mit dem Ende der sozialistischen Entwicklung in Europa trieb der Geschichtsrevisionsismus in Osteuropa die alten Sumpfbüden ans Licht. In diesem Licht reiben wir uns die Augen, wenn wir in manche der ehemaligen Sowjetrepubliken oder nach Polen und Ungarn, in die

Friedensruf

Kiew kennt viele Plätze mit geschichtlicher Tradition. Nur einige Gehminuten vom ehemaligen Platz der Oktoberrevolution (jetzt Maidan) öffnet sich hoch über dem Dnjepr und mit einer weiten Sicht ins Land das Monument zu Ehren der Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland. Der „Bogen der Freundschaft“, bestehend aus nichtrostendem Stahl, umdacht eine Doppelplastik, die Menschen aus beiden Ländern symbolisiert.

Ukraine sowieso, blicken. Die NATO hat, entgegen ihren Zusicherungen, ihre Waffen bis an die Grenzen der Russischen Föderation vorgeschoben. Sie droht und wendet gegen unbotmäßige Staaten in imperialistischer Manier Sanktionen an. Das auf einmal heilige Völkerrecht inklusive der territorialen Unverletzbarkeit von Staaten wurde aus tiefen Verliesen geholt und gleich neben die Sonne aufgehangen.

Der Frieden der Welt, der vor 69 Jahren mit dem Schwert gegen die millionenfachen Mörder der Menschheit erkämpft und endlich greifbar schien, ist in Gefahr.

In den Waffenschmieden und den Konzernmedien hämmert es, dass „Deutschland nicht zuschauen kann“, wenn irgendwo die Schwerter gezogen werden. Und sie werden gezogen. Es sind jetzt 15 Jahre vergangen, da die Bundeswehr im Verbund der NATO erstmals seit 1945 und ohne Sanktion durch die UNO die sozialisti-

sche Republik Jugoslawien mit Bomben belegte und in ein halbdutzend Republiken atomisierte, zuzüglich ihres Protektorates Kosovo. Wir kennen die Spuren der „Wertegemeinschaft“ in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, in afrikanischen Ländern.

Die behauptete „Schutzverantwortung für die Bevölkerung“ erwies sich jedes Mal als eine Lüge.

Wenn natürlich der russische Präsident gemäß dem Mehrheitswillen der Krim-Bevölkerung diese unter den Schutz Russlands stellt, bedarf das der „Bestrafung“. Schließlich war das ja nicht mit Kriegsverbrechen verbunden, die in den Augen der gerne global, mindestens aber „europäisch“ agierenden Zuchtmeister offenbar dazu gehören.

Die Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“ hatte einst auch ein Pfarrer aus Rostock, allerdings in einem damals noch existierenden anderen Deutschland, oft und gerne medienwirksam kolportiert. Erinnern Sie sich, Herr Bundespräsident?

Aus der Arbeit des Vorstands

Horst Bischoff informierte über eine erste Arbeitsberatung mit Vertretern polnischer Sicherheitsorgane am 20.03.2014 in Slubice. Diese sind seit 2009 von Rentenkürzungen betroffen und kürzlich mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gescheitert. Es wurde vereinbart, die Konsultationen und die Zusammenarbeit fortzusetzen.

*

Horst Parton informierte darüber, dass die TIG Cottbus nach einer Anhörung eines Vertreters der rechtsextremistischen Vereinigung sog. Reichsbürger die Streichung seiner Mitgliedschaft in ISOR wegen der Unvereinbarkeit mit unserer Satzung beschlossen hat.

*

Der Vorstand beschloss in Erfüllung von Anregungen der Vertreterversammlung eine in unregelmäßigen Folgen erscheinende Schriftenreihe mit dem Rahmentitel „Aktuelle Bei-

träge“ zu begründen. Sie soll der Publikation von Informationen in ISOR dienen, denen der ungehinderte Zugang zu den Massenmedien versagt oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden ist. Die „Aktuellen Beiträge“ sollen in Verantwortung des jeweils genannten Autoren erscheinen und werden den TIG mit dem Versand von **ISOR aktuell** zur Verfügung gestellt.

*

Der Vorsitzende der ISOR erhielt Post vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages: *Sehr geehrter Herr Parton, zum derzeitigen Sachstand Ihres Petitionsverfahrens teile ich Ihnen mit, dass die parlamentarische Behandlung Ihres Anliegens durch den neuen Petitionsausschuss der 18. Wahlperiode fortgesetzt wird.*

Sobald mir ein neuer Sachstand bekannt wird, werde ich mich wieder mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

*im Auftrag i. V. Irina Michaelis-Weber
Oberamtsrätin*

Zur Petition für die unverzügliche Rentenangleichung Ost an West

Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer

Mit der für den 1. Juli 2014 angekündigten Rentenerhöhung von 1,67 Prozent im Westen und 2,53 Prozent im Osten verkürzt sich der Abstand der Rentenwerte Ost gegenüber West von 8,5 auf 7,8 Prozent. Das ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung. Bei Beibehaltung des damit eingeschlagenen Tempos würde es aber noch mehr als elf Jahre dauern, bis die Renteneinheit in Deutschland vollzogen wäre.

Nach dem 01.07.2014 erhält ein Ostrentner mit einer Rente von 1000,- Euro monatlich bei gleicher Rentenbiografie noch immer 78,- Euro weniger Rente als ein Rentner im Westen.

Niemandem ist z.B. in der aktuellen Diskussion zu den sog. Mütterrenten zu vermitteln, dass ein im Osten geborenes Kind weniger wert sein soll als ein im Westen geborenes.

Grund genug also, politischen Druck zu entfalten, um fast 25 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit die vom Grundgesetz geforderte Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet einzufordern.

Alle ISOR-Mitglieder haben mit der März-Ausgabe von **ISOR aktuell** Listen erhalten, mit der Bitte, Unterschriften für die unter Federführung der GBM gemeinsam mit GRH und ISOR gestartete Petition zur unverzüglichen Rentenangleichung zu sammeln. Wir stützen uns dabei auf die positiven Erfahrungen bei unserer Petition aus dem Jahre 2010 gegen das

Strafrentensystem. Seinerzeit war es uns gelungen, 73.500 Unterschriften zu sammeln und den Petitionsausschuss zu einer öffentlichen Anhörung zu veranlassen. Auch diesmal besteht das Ziel darin, mindestens 50.000 Unterschriften und damit erneut das Limit für eine öffentliche Anhörung zu erreichen. Das ist realistisch, wenn jedes ISOR-Mitglied neben der eigenen Unterschrift im Durchschnitt zwei weitere Unterschriften beibringt. Aus den Erfahrungen von 2010 wissen wir, dass die besten TIG sechs und mehr Unterschriften je Mitglied und einzelne Mitglieder sogar über 100 Unterschriften abrechneten.

Dabei kann diesmal ein weitaus größerer Personenkreis angesprochen werden als 2010. Die aktuelle Petition können selbst erklärte Feinde der DDR unterschreiben. Auch letztlich unbegründete Ängste, in das Blickfeld der Repressionsorgane zu geraten, die selbst einzelne ISOR-Mitglieder 2010 von Unterschriften abgehalten haben, dürften keine Rolle spielen, zumal sogar die herrschende Regierungskoalition die Rentenangleichung als ein zu lösendes Problem definiert hat.

Erste Erfahrungen bei der Unterschriftensammlung bestätigen, dass viele ehemalige DDR-Bürger unterschiedlicher Herkunft und politischer Anschauungen unserem Anliegen auf-

geschlossen gegenüber stehen. Hauptargument einzelner Nichtunterzeichner ist: „Es hat sowieso keinen Zweck!“

Dem steht entgegen, dass eine Unterschriftensammlung von vier großen Gewerkschaften, dem BRH und der Volkssolidarität im Jahre 2010 zum gleichen Thema – damals wurden ca. 70.000 Unterschriften an das Ministerium für Arbeit und Soziales übergeben – maßgeblich dazu geführt hat, dass keine der im Bundestag vertretenen Parteien in der Folgezeit die Berechtigung der Forderung nach einer Rentenangleichung infrage gestellt hat.

Jetzt geht es um eine Beschleunigung des Verfahrens und um verbindliche Festlegungen anstelle einer Verschiebung in die nächste Wahlperiode. Je größer die Zahl der Unterschriften, umso sorgfältiger müssen die Regierenden prüfen, was sie ihren Wählern bei den nächsten Wahlen zumuten können.

Wir haben bis zum 30. Juni 2014 ausreichend Zeit, um sich bietende Gelegenheiten für Unterschriftensammlungen, bei Familienfeiern, Zusammenkünften mit Freunden, verschiedenen Veranstaltungen usw., ohne besonderen zusätzlichen Aufwand zu nutzen.

In bewährter Weise sollten die Unterschriftenlisten über die jeweiligen TIG der Geschäftsstelle zugeleitet werden. Sie können auch direkt an die Geschäftsstelle gesandt werden.



Ausgehend von der Vertreterversammlung im November 2013 in Berlin und den Auswertungen in den einzelnen TIG, entwickelte sich in unserer Region die Idee, unter der Fragestellung „Wie weiter?“ eine noch engere Zusammenführung der Kräfte im gemeinsamen rechtlichen und politischen Vorgehen gegen das politisch inszenierte und rechtlich aufgezwungene Rentenstrafrecht und gegen den weiteren Sozialabbau zu organisieren.

Wie ich in meinem Artikel in **ISOR Aktuell** im Dezember 2013 zum Ausdruck brachte, wollen wir in den **TIG Bautzen, Bischofswerda, Hoyerswerda und Kamenz** nach Wegen und Lösungen suchen, unseren Verein als politische Heimstatt zu erhalten und zu stärken.

Aus diesem Grund wurden alle Vorsitzenden und deren Stellvertreter zu einer ersten gemeinsamen Vorstandssitzung am 15.03.14 nach Bischofswerda eingeladen.

Auch das Vorstandsmitglied von ISOR und Landesbeauftragter für Sachsen, Horst Eismann, und das Beiratsmitglied von ISOR und Vorsitzender der TIG Dresden, Andreas Bendel, folgten unserer Einladung.

Ziel dieser Zusammenkunft sollte sein, in einer offenen und freimütigen Diskussion nach Möglichkeiten und Vorschlägen zu suchen, den Zusammenhalt in den TIG zu stärken, alle Mitglieder zu erreichen und sie für eine noch engere und abwechslungsreichere Zusammenarbeit zu begeistern.

Als Diskussionsgrundlage erhielten alle Teilnehmer einen „Vorschlag für eine Kooperationsvereinbarung“ zwischen den erwähnten TIG.

Dieser fand von allen Anwesenden volle Zustimmung. Davon ausgehend, soll dieser Vorschlag in den Vorständen dieser TIG und mit den Mitgliedern diskutiert werden. So wurden folgende Hauptpunkte zur Diskussion gestellt:

1. Die Vorsitzenden und deren Stellvertreter oder autorisierte Vorstandsmitglieder treffen sich halbjährlich zur Beratung über das weitere Vorgehen gegen das Rentenstrafrecht auf der Grundlage der Entschließung der Vertreterkonferenz von 2013 und eigener Festlegungen.
2. Die Tagungsinhalte sollen sich auf übergreifende und strategische Probleme und Aufgaben konzentrieren. In die inhaltlichen Aufgabenstellungen und organisatorischen Pflichten der einzelnen TIG wird nicht eingegriffen.
3. Das gemeinsame Ziel aller Aktivitäten besteht in der Konzentration der Mitglieder auf

die Beseitigung des Rentenstrafrechts und die Verstärkung des Zusammenhalts der Mitglieder als sozialpolitische Gemeinschaft. Dieser Vorschlag wurde tiefgründig diskutiert, nicht um noch mehr administrativen Aufwand zu betreiben, oder immer mehr Funktionen zu vergeben, sondern bei Notwendigkeit eine Zusammenführung der TIG z.B. bei ausgewählten Mitgliederversammlungen oder anderen zentral organisierten Veranstaltungen zu organisieren. Unser Zusammenschluss soll geprägt sein von Loyalität und gegenseitiger Achtung. Unser Ziel soll sein, uns gegenseitig zu helfen, um mit geringstem Aufwand ein bestmögliches Ergebnis zu erzielen. Ein solches enges Zusammenrücken bietet sich schon deshalb an, weil alle vier TIG zum Kreis Bautzen gehören.

Als ein weiterer, für uns wichtiger Punkt wurden Maßnahmen festgelegt, mit der Partei DIE LINKE stärker in Kontakt zu kommen, insbesondere mit der Vertreterin im Deutschen Bundestag Karen Lay, mit der bereits ein Kontakttermin durch den Vorsitzenden der TIG Bautzen vereinbart worden ist. Wir versprechen uns viel davon, da sie ja von unseren Mitgliedern mit in den Bundestag gewählt worden ist und wir unser Zusammengehen enger gestalten wollen.

Horst Eismann und Andreas Bendel begrüßten unsere Initiativen. Horst Eismann betonte, dass die Eigenständigkeit jeder TIG gewahrt bleibt und jeder Vorstand für seine TIG verantwortlich ist.

Eine weitere Zusammenkunft ist für November 2014 geplant, wo die Diskussionsergebnisse in den TIG und weiterführende Maßnahmen festgelegt werden, wie zum Beispiel gemeinsame Vereinbarungen in der Jahresplanung für 2015.

Vielleicht geben wir damit auch anderen TIG eine Anregung, um enger zusammen zu rücken, mit dem Ziel, eine wirkliche politische Heimstatt für alle Mitglieder zu sein.

Dieter Rosenkranz

*

Langjähriger Spitzenfunktionär der SED und des Staates DDR, Hoffnungsträger im Herbst 1989, wegen dubioser Anwürfe nach der so genannten „Wende“ kriminalisiert, verurteilt und eingesperrt von der BRD-Justiz, ungebeugt in seinen Überzeugungen, selbstbewusst und überzeugend im Auftreten: Egon Krenz.

Wie vor zwei Jahren in der **TIG Schwerin** brachte unser Gast am 12. März den Saal im Schweriner „Lindengarten“ an seine Kapazitätsgrenze. Mehrfach mussten für die zahlreichen Teilnehmer weitere Stühle geholt werden.

Sie waren der gemeinsamen Einladung unserer TIG, RotFuchs, Cuba si, GRH, GBM und des Verbandes zur Pflege der Tradition der NVA und der Grenztruppen der DDR gefolgt. Diesmal stellte Egon Krenz als Herausgeber das Buch „Walter Ulbricht“ vor. 70 ehemalige Weggefährten und Zeitzeugen Walter Ulbrichts wurden hierfür vom Herausgeber interviewt. Das Ergebnis ist ein 600seitiger Band über das Leben und Wirken Walter Ulbrichts. Arbeiter, Gewerkschafter, Mitglied und Funktionär der KPD an der Seite Ernst Thälmanns, Funktionär der KOMINTERN, Fronteinsatz als Agitator der Roten Armee, Wegbereiter eines antifaschistischen Neubeginns in der sowjetischen Besatzungszone, Mitbegründer der DDR, führender Partei- und Staatsfunktionär des jungen Arbeiter- und Bauernstaates bis 1971. Der Vorzug dieser aufwendig recherchierten Veröffentlichung liegt nicht nur in der vielschichtigen Sichtweise auf Walter Ulbricht, die Interviewten selbst kommen aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, sondern in der Betrachtung seiner Entscheidungen und seines Handelns im historischen Kontext.

Wer Egon Krenz kennt bzw. ihn erlebt hat, weiß seine Fähigkeit zu schätzen, Historisches mit der aktuellen politischen Lage zu verbinden, sowie dialektisch, faktenreich und überzeugend zu analysieren. Schwerpunkt: Die Situation in der Ukraine und auf der Krim. Volle Zustimmung erhielt der Gast für seine Einschätzung, dass die bundesdeutsche Öffentlichkeit einseitig und falsch informiert wird, alte Feindbilder aus Zeiten des Kalten Krieges fortbestehen. Transportiert von den systemkonformen Medien dominiert jetzt die Zeit der Heuchler, die selbst Völkerrecht gebrochen haben. Lebhaft die anschließende Diskussion, die sich sowohl mit der Person Walter Ulbrichts befasste wie auch den Bogen bis zum Untergang des ersten Arbeiter- und Bauern- Staates auf deutschem Boden spannte. Selbstkritisches Bekenntnis des Gastes war, dass die Partei- und Staatsführung der DDR spätestens ab Jahresmitte 1989 die reale Lage nicht zur Kenntnis nahm, damit nicht unter Kontrolle hatte und somit keine Konzeption zur Veränderung besaß. Dieses Versagen war verhängnisvoll und entzog der DDR die Existenzgrundlage. Auf die letztgestellte Frage nach der Zukunft des Gesellschaftsmodells Sozialismus antwortete Egon Krenz: „Untergegangen ist ein Modell des Sozialismus, nicht die Idee des Sozialismus.“ **Karl Bachmann**

*

Traditionsgemäß fand am 18. März die jährliche Beratung von Vorstands- und Beiratsmitgliedern sowie ausgewählten TIG-Vorsitzenden des Landes **Mecklenburg-Vorpommern** statt. Vor Jahren von Siegfried Felgner angeregt, wurde diese Beratung erstmals von seinem Nach-

folger, Manfred Jonischkies geleitet. Neu war auch die Teilnahme unseres Vorsitzenden Horst Parton und mehrerer nachgerückter Funktionäre. Ein verdienstvoller Funktionär wurde aus gesundheitlichen und Altersgründen ehrenvoll verabschiedet.

Unser Vorsitzender informierte zu Beginn über die aktuelle Lage in unserem Kampf für Rentengerechtigkeit. Obwohl unser Kampf in zwischen über zwei Jahrzehnte währt und die juristischen Mühlen scheinbar besonders langsam mahlen, geht es doch stetig voran. Für die gewissenhafte Arbeit in den TIG des Landes dankte Horst Parton. Wesentlichen Anteil an diesem Ergebnis haben unsere jährlichen Zusammenkünfte. Aufmerksam registrierten die Beratungsteilnehmer u. a., dass

- inzwischen fünf Klagen zum § 7 AAÜG beim Bundesverfassungsgericht vorliegen und eine weitere sich in Vorbereitung befindet,
 - unsere Petitionen zum Rentenstrafrecht in der neuen Legislaturperiode weitergeführt werden, vom Bundessozialgericht alsbald eine Entscheidung über die Anrechnung der Zulagen erwartet wird,
 - der Vorstand Überlegungen zur Weiterführung unseres Kampfes anstellt, sollte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung die Wertneutralität des Rentenrechts verlassen.
- Die anschließende lebhaft Diskussions orientierte sich vorwiegend an den Schwerpunkten:
- Stimmungen und Meinungen in den TIG,
 - Stand der Mitgliederentwicklung,
 - Besetzung von Führungspositionen,
 - wie wird unsere Monatszeitschrift in den TIG beurteilt und
 - das Zusammenwirken mit anderen Vereinen und Verbänden.

Als Teilnehmer an unserer ersten Vertreterkonferenz habe ich mich oft an die prophetischen Worte von Prof. Azzola erinnert:

„Von der Politik (Bundestag) haben sie nichts zu erwarten, absolut nichts! Nur auf einem langen Rechtsweg kann das bestehende Rentenstrafrecht überwunden werden.“

Seine damalige Beurteilung der Rechtskenntnisse unserer Abgeordneten hat sich in den zurückliegenden Legislaturperioden leider auch als zutreffend erwiesen. Es braucht somit auch in der letzten Etappe unseres Kampfes aus aktuellen Gründen weiterhin Ausdauer und Solidarität.

Die Ergebnisse in der Stabilisierung des Mitgliederbestandes sind in den TIG bei allen Bemühungen differenziert. Zunehmend reißen Alter und Gesundheit Lücken in unsere Reihen. Die bisherigen Neuaufnahmen konnten das nicht kompensieren. Austritte sind dagegen nicht zu verzeichnen. Es gibt also erschwerende Auswirkungen auf die Besetzung von Führungsfunktionen und die Teilnahme an den Versammlungen. Von der großen TIG Schwerin

wurde die Erfahrung vermittelt, jeder Betreuer und Kassierer gewinnt aus seinem Verantwortungsbereich einen persönlichen Stellvertreter, der nötigenfalls die Aufgaben nahtlos weiterführt. Die TIG Rostock berichtete, dass es viel Mühe kostet, Mitglieder zur Übernahme von Aufgaben zu gewinnen. Auch hier ist Solidarität gefragt, damit es möglich ist, die Arbeit angemessen zu verteilen.

Über erste Erfahrungen struktureller Änderungen zwischen bisher bestehenden TIG wurde aus Vorpommern berichtet.

Einig waren sich die Beratungsteilnehmer über die qualitative Entwicklung unserer Zeitung. Hervorgehoben wurden die Leitartikel der Januar- und März-Ausgabe. Die objektive Einschätzung der aktuellen Rentenproblematik von Dr. Martina Bunge mit der beigefügten Petitionsliste der GBM e.V. fanden Zustimmung. Beides eignet sich zur Gewinnung von Unterschriften und zu konkreten Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Soll sich die soziale Spaltung in der BRD nicht weiter verfestigen bzw. die Benachteiligung ehemaliger DDR-Bürger auf lange Zeit andauern, muss der Widerstand aktiviert werden.

Das Zusammenwirken mit anderen sozialen Vereinen und Verbänden ist regional differenziert, doch insgesamt unbefriedigend. Eine wachsende Koordinierung zur Gestaltung gemeinsamer Veranstaltungen ist mit „RotFuchs“ zu verzeichnen. Dazu werden langfristig Lektoren gewonnen. In den einheitlich ausgerichteten Massenmedien dominieren subjektive Darstellungen, die nichts mit neutraler Objektivität zu tun haben. Diese Tatsachen tragen dazu bei, dass unsere Mitglieder in den Zusammenkünften ihre politische Heimat sehen.

In der abschließenden Zusammenfassung durch unseren Vorsitzenden wurde die Beratung als eine gelungene Veranstaltung bezeichnet.

Hans Schneider

Aus der Postmappe

Aufmerksam gemacht durch die in der Februarausgabe von **ISOR aktuell** enthaltene „Buchempfehlung“ die sich auf die Veröffentlichung des neuen Buches „Mittendrin Die Berliner Volkspolizei 1989/90“ bezog, begab ich mich zu seiner Vorstellung durch den Verlag.

Moderiert wurde die Veranstaltung durch den Verlagsleiter, Frank Schumann, der sich in verschiedenen Publikationen durch seine Objektivität und Sachlichkeit ausgewiesen hat. Anwesend waren auch die Autoren des Buches, die ehemaligen Polizeipräsidenten zur Wendezeit, Bachmann (VP) und Dr. Scherz (WB-Pol.), der Ehrenvorsitzende des Förderkreises „polizei-historische Sammlungen e.V.“, weitere

aktive Vertreter dieses Vereins und ehemals leitende Offiziere des PdVP Berlin.

Die Veranstaltung begann mit einer Panne, da das angekündigte Buch noch nicht vorlag und nur ein kleiner Kreis der Teilnehmer Vorabdrucke kannte. So waren die Besucher auf die Erläuterungen der Verfasser angewiesen. Hans-Jürgen Gräfe erklärte im Namen der Autoren, dass dieses Buch eine Einladung zur Diskussion darstelle.

Ausgangspunkt der nach seinen Ausführungen vor drei Jahren begonnenen Arbeit war die Tatsache, dass die Ereignisse um den 7. und 8. Oktober 1989 die Verfasser nicht losgelassen habe. Als Zeitzeugen und Eingeweihte wollen sie Verdrehungen und Verfälschungen entgegenwirken.

Das war, so verstand ich die Ausführungen, auch der Grund für umfangreiche Gespräche in der „polizei-historischen Sammlung“ der Berliner Polizei. Die Verfasser waren und sind der Auffassung, dass eine Aufarbeitung der Geschichte der Berliner Polizei unter Ausklammerung ihrer Entwicklung in der späteren Hauptstadt der DDR nicht der Realität entspricht.

Nach Quellenstudium im Bundes- und Landesarchiv und anderen Dokumenten soll das Buch einen eigenständigen Beitrag zur Geschichtsschreibung leisten und nachweisen, dass die Volkspolizei in der Wendezeit unter drei unterschiedlichen Regierungen ihre Aufgaben erfüllt hat. Dabei hätten authentische Berichte und Fakten das Primat.

Auch wenn ein ehemals führender Offizier des Mdl das Buch als ehrlich, objektiv und authentisch darstellt, machen mich solche Aussagen der Autoren, wie „bemüht ein gemeinsames Geschichtsbild der Polizei „zu erreichen, oder die noch immer herrschende Enttäuschung, dass aus einer „Zusammenführung beider Polizeien“, eine Übernahme der einen durch die andere wurde, doch recht skeptisch. Das änderte sich auch nicht, wenn durch Dr. Scherz sehr verständnisvoll auf die Befindlichkeiten der ehemaligen VP-Angehörigen eingegangen wurde. Er drückte seine Achtung für das Bemühen um Objektivität aus und erklärte, dass Aussagen über Strukturen, Bedingungen und Verflechtungen der Volkspolizei so nicht bekannt waren. Durch andere noch aktive Vertreter der Polizei gab es abwertende Äußerungen, die der Verfasser bereits 1990 gehört hatte.

Als Fazit kann sich Unterzeichner, der selbst in die Ereignisse involviert war, nur dem letzten Satz der in der März-Ausgabe veröffentlichten Rezension von Herrn Schmalfuß anschließen, wobei ihm unklar ist, welche „Ostpolizei“ gemeint ist. Der Autor war Volkspolizist, ist auf das Erscheinen des Buches äußerst gespannt, wird es aufmerksam lesen und dann Stellung beziehen.

Hans-Joachim Friedrich

Lesenswert

Peter Kroh

Die Lausitzer Slawen.

Ein Rückblick in die Zukunft

(freiraum-verlag Greifswald 2014)

ISBN 978-3-943672-29-9

120 Seiten, Preis: 12,95 €

Zur diesjährigen Leipziger Buchmesse stellte der Autor, Enkel und Biograph des wohl größten politischen Denkers der Sorben, Jan Skala, seine jüngste Publikation über die Lausitzer Sorben vor. Vorgelegt wird eine bemerkenswerte dreisprachige Ausgabe (wendisch, deutsch, obersorbisch), von der schon dieser Idee wegen ein besonderer Reiz ausgeht.

Geboten werden 15 Artikel, die bisher nur im „Nowy Casnik“, der letzten noch existierenden Zeitschrift in wendischer (niedersorbischer) Sprache, zugänglich waren. Behandelt werden hochaktuelle politische, kulturelle und rechtliche Fragen, die die gegenwärtige Existenz der Sorbentums unmittelbar berühren. Dr. Kroh spricht in seinem Vorwort von der „aktuellen sorbischen Misere“ und nennt beispielhaft „Bedingungen für das Schulwesen, Abbaggerung der sorbischen Heimat, Finanzierung des kulturellen Lebens über die von Deutschen dominierte Stiftung für das sorbische Volk, Verunreinigung des Spreewaldes, Beschmierung sorbischer Schilder, Zerstörung sorbischer Wegkreuze usw.“ - und betrachtet das zugleich aus grundsätzlicher, auch verfassungsrechtlicher Sicht. Spätestens in diesen Zusammenhängen wird deutlich, dass seine sehr nachdenklichen Texte sehr wohl über den engeren, spezifischen Rahmen der Rechte der autochthonen Sorben hinausgehen und eigentlich staatsbürgerliche Fragen auch anderer Nationalitäten, grundsätzliche Bürgerrechte im Einwanderungsland Deutschland berühren, über die grundsätzlich nachzudenken angezeit ist und die Solidarität gebieten.

H. B.

*

Hans Werner Hintze

1914-1918. Zum Ausbruch des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren.

Zeitungsmeldungen – Dokumente – Örtliches

(Eigenverlag; 108 Seiten und beiliegende Dokumentation; Preis 9.00 €) Bestellung mit Angabe der Versandadresse über: Mail: hans-werner-hintze@t-online.de

Die heimatgeschichtliche Studie geht anschaulich und faktenreich auf Entstehung und Ursachen, und Lehren des I. Weltkrieges ein. Umfangreiches Dokumentenmaterial, eindrucksvolle Fotografien und im Anhang angeführte Todesanzeigen aus dem Kreis Beeskow-Storkow enthüllen den verbrecherischen, antihumanen Charakter dieses imperialistischen Krieges, der als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts gewertet wird.

Der Autor untersucht als Regionalhistoriker im Detail Auswirkungen und Folgen des Krieges überwiegend für den Kreis Beeskow und legt eine, authentische Gesamtbeurteilung des Kriegsgeschehens vor. Seine Erkenntnisse sind hilfreich für aktuelle Überlegungen und Entscheidungen der Politik, der Presse, und der Wirtschaft zu den Fragen Krieg und Frieden in der Gegenwart. Manche Betrachtungsweise auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz fordert dazu direkt heraus.

Diese Studie zum Beginn des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren vermittelt auch uns linken Kräften fundierte Argumente für die Fortführung unseres Kampfes gegen den Krieg, für Völkerverständigung, für Solidarität und Menschenwürde. Sie bestärken uns, eine konsequente Antikriegshaltung einzunehmen und jene gnadenlos zu entlarven, die heute wieder versuchen, den Krieg zum alltäglichen Umgang in den Beziehungen zwischen den Völkern zu machen.

Eine Dokumentation, lesenswert, aktuell, geschichtlich prägnant und lehrreich.

M. V.

*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 26.03.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.04.2014

Einstellung im Internet: 09.05.2014

Auslieferung: 15.05.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29784315